



Marschbefehl. Foto: Joachim E. Rüttgers

Zwischen zwei Drecksäcken

Kolumnne

Von Cornelius W. M. Oettle
Europa stellt sich nicht die Frage: Aufrüstung ja oder nein? Sondern eher: Welches Bomberl hätten S' denn gern? Unser Kolumnist hat militärstrategisch aufgerüstet und die Einschätzungen von Expert:innen verfolgt.



Oettle über alles

Es war der Abend des denkwürdigen Trump-Vance-Selensky-Eklats. Leichzend nach Einordnung schaltete ich die ARD-Tagesthemen ein und sah schwertrunkene Menschen. Auch ein Weg, als Journalist damit umzugehen, dachte ich, ehe ich verstand, dass hier keine Nachrichtsendung, sondern die „Mainz bleibt Mainz“-Fastnachtssitzung übertragen wurde. Drum zappte ich zu „Phoenix“ und gewährte dort Joachim Weber, Experte für Sicherheitspolitik vom CASSIS-Institut der Universität Bonn. (CASSIS steht für Center for Advanced Security, Strategic and Integration Studies.)

Einigermaßen erstaunt hörte ich den Mann sagen, dass die Ukraine nun mal Teil eines „Great Game“ der USA geworden sei, das sich dieser Tage seinem Ende entgegenneige. Man habe austesten wollen, „was die Russen mitmachen und was nicht“. So einen Satz hatte ich schon lange niemanden mehr zu Ende sprechen hören, ohne dass ihm jemand ins Wort gefallen wäre. Sei's drum: Die Diskussionen über die Nato-Osterweiterung sind ohnehin Geschichte. Derzeit werden neue Fakten geschaffen.

Die Analyse, durch Trump habe sich die Welt verändert, ist dabei nur teilweise richtig. Vielmehr hat die kleptokratische Clementine den Schleier gelüftet und eine allgemeine Unschärfe mit kaltem Zynismus ersetzt. Seit Trump spricht man beispielsweise recht offen über Rohstoffe in der Ukraine, wo vorher meist von Werten die Rede war. Und auch das geht vielen jetzt leichter über die Lippen: Die USA sind nicht unser Freund.

Was soll das auf Staatsebene auch sein: ein Freund? Der Begriff erinnert stets an Jahr 2015: Während das Internet den „Harlem Shake“ tanzte, informierte uns Edward Snowden freundlicherweise darüber, dass die USA Angela Merkels Privathandy überwachten. Die Kanzlerin erklärte: „Abhören unter Freunden, das geht gar nicht.“ Die Amerikaner sagten aber nicht: „Stimmt, wir lassen das künftig!“ Sondern: „Dann sind wir wohl keine Freunde, denn wir hören euch natürlich weiterhin ab!“ Die Pläne eines „No-Spy-Abkommens“ verließen im Sande. Aus einfacherem Grund: Die USA können die Deutschen abhören, aber die Deutschen nicht die USA. Für ein „No-Spy-Abkommen“ fehlt uns gewissermaßen das Abschreckungspotenzial.

Nun sollte man aus der späten Erkenntnis, dass die USA ein kapitalistischer Staat und keine humanistische Hilfsorganisation sind, nicht schlussfolgern, dass stattdessen dann wohl Putin unser Kumpel sein müsse. Faustregel: Traue keinem Mann, der mehr Länder bombardiert hat als andere bereit haben. Wer

die USA als imperialistischen Drecksstaat sieht, kann getrost auch gleichermaßen über Russland urteilen und vice versa.

Europa grüßt daher, wie man sich zwischen zwei Drecksäcken aufstellen sollte. Die gegenwärtige Fragestellung lautet folglich nicht: Aufrüstung – ja oder nein? Sondern: Welches Bomberl hätten S' denn gern? Bezeichnungsweise: Wie gut müssen wir für Rüstung ausgeben? Die künftige Bundesregierung will die Schuldenbremse lockern und die Frage mit „unendlich“ beantworten. Ob das reichen wird? Als erste Noch-nicht-mal-im-Amtshandlung haben sich die Keine-Schulden-Partei und die Friedenskanzlerpartei also auf unbegrenzte Schulden für Militärausgaben verständigt.

Am Ende Nato gegen Nato?

„Unendlich“ klingt freilich recht teuer. Aber Britenchef Keir Starmer sprach ja auch von einer Koalition der Willigen und nicht der Biligen. (Wobei Starmer sich vielleicht tatsächlich einen besseren Namen hätte ausdenken können, unterstützte die letzte „Koalition der Willigen“ doch einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, USA versus Irak. Sie erinnern sich?) Will man also nicht völlig durchdrehen und maßlos überrüsten, geht es demnach um zwei Einschätzungen: Wie gut ist Europa ohne die USA gerüstet? Und wie stark sind die Russen? Ja, das sind unangenehme Fragen, die eher nach Marine-Granate Thunderstruck-Zimmerflak klingen als nach linker Wochenzeitung. Dennoch habe ich mich mal nach verschiedenen Einschätzungen umgeschaut.

Zunächst könnte man meinen, Europa habe wenig zu befürchten, wenn Putin es in drei Jahren nicht einmal schafft, das östliche Fünftel der Ukraine einzunehmen. Dagegen argumentiert der Brüsseler Thinktank Bruegel: Weil Russland in dieser neuen Kriegswirtschaftszeit sowohl Gesellschaft wie auch Industrie mobiliert habe, sei das gegenwärtige Heer trotz der Verluste größer, erfahrener und besser ausgestattet als die Stümptertruppe, die 2022 noch von ukrainischen Traktoren abgeschleppt wurde. Außerdem verfügten die russischen Generäle nach den letzten drei Jahren über eine praktische Erfahrung, die von großer Bedeutung sei und die derzeit keine andere Armee der Welt mitbringe – abgesehen von der ukrainischen, versteht sich. Aber gut, was hätten wir machen sollen? Zur Auffrischung unserer Kampffertigkeiten hin und wieder probeweise in den Niederlanden einzufallen?

Aufrüstungsgegner verweisen hingegen auf eine Studie der Friedensforscher Herbert Wulf und Christopher Steinmetz, die im Auftrag von Greenpeace erstellt wurde: Die europäischen Staaten verfügten demnach über 2073 Kampfjets, etwa doppelt so viele wie Russland. Hinzu

kommt eine Berechnung des International Institute for Strategic Studies (IISS): Inklusive der Türkei haben die europäischen Nato-Staaten gut zwei Millionen Soldaten unter Waffen. Fast doppelt so viele wie Russland. Auch der Konfliktforscher (und bekennende Pazifist) Andreas Zumach meint, bei konventionellen Waffensystemen sei Europa Russland „klar überlegen“.

Andererseits sagt das IISS auch, Putin habe schon im Oktober befohlen, seine Armeen auf 2,4 Millionen Mann aufzustocken. Selbst dann wären die Zahlen zwar noch recht ausgeglichen. Doch der Knackpunkt sei ein anderer: Den europäischen Staaten fehle es ohne die USA an Strategic Enablers – so argumentieren etwa Leute wie Claudia Major von der Stiftung Wissenschaft und Politik. Strategic wat für Dingier? Unter dem Begriff, den Sie in den kommenden Monaten noch ein paarmal hören werden, fällt alles, was man für Aufklärung, Transport und Kommunikation braucht, also Satellitensysteme, Luftfahrt und so weiter.

Besonders anschaulich (und lustig) zeigt sich die europäische US-Abhängigkeit im Falle Grönlands. Dänemark investierte anlässlich der russischen Aggression, aber eben auch wegen der jüngsten Trumpschen Einverleibungsfantasien gut zwei Milliarden in die Verteidigung Grönlands. Hier rüstet sich also ein Nato-Gründungsmitglied gegen ein anderes. Ironischerweise müsste Dänemark sich unter anderem mit F-35-Kampfjets verteidigen, also mit amerikanischen Fabrikaten. Ob das gegen den Willen der USA möglich ist, ist fraglich, da so gut wie nichts fortgeschrittenes westliches Kampfflugzeug unabhängig ist von Kommunikationssystemen der Vereinigten Staaten.

Französische Atombomben sind zu groß

Demnach ist eines schon mal klar: keinen Bumm-Bumm-Kram mehr aus Amerika. Eigentlich ja eine Situation, die einigen Linken gefallen dürfte: Europa sagt sich los von den USA und am stärksten leidet die US-amerikanische Waffenindustrie. Dafür profitiert halt die europäische, aber einen Tod muss man wohl sterben.

Und was ist mit der Atombombe? Braucht Deutschland jetzt trotz Sperrvertrag eine eigene oder wäre ein russischer Atomschlag gegen Berlin nicht auch eine Chance zum Neuanfang für diese verlorene Stadt? Und sind die Grünen als Atomkraftgegner eigentlich Atombombenfreunde?

Zur groben Abschreckung reiche wohl erstmal ein französischer nuklearer Schutzschirm mit seinen 290 Sprengköpfen. Wobei hierzu ebenfalls einige unterhaltsame Überlegungen zu lesen sind: Die französischen Atombomben seien nämlich zu groß, meint etwa Brigadegeneral a.D. Heinrich Fischer. Wenn Frankreich damit zum Beispiel einen russischen Atomschlag gegen Polen vergelten würde, wäre die Vernichtung am Einschlagsort so stark, dass Frankreich damit rechnen müsste, hernach selbst attackiert zu werden. Deshalb brauche Europa zusätzlich kleinere Atombomben, mit denen man dem Aggressor nur einen kleinen Atomschlag verpassen könnte. Sie haben richtig gelesen: ein kleiner Atomschlag. Klingt ein bisschen wie „Warnschuss ins Gehirn“.

Zum Begriff Schutzschirm fand ich zudem zwei schöne Sätze des Sicherheitsexperten Lucian Bumeder vom Institut für Friedensforschung der Universität Hamburg: „Der Begriff ‚Schutzschirm‘ ist eigentlich irreführend. Es geht hier nicht um Schutz, sondern um die Drohung mit Massenmord.“ Für mich die zentrale Erkenntnis meiner Auswertung: Offenbar ist ein friedvolles Leben auf diesem Planeten nur möglich, wenn wir uns alle gegenseitig mit Massenmord drohen. Oder wie es der aus den

Marvel-Filmen bekannte Friedensforscher Iron Man formuliert hat: Frieden bedeutet, dass man einen größeren Stock hat als der andere.

Mehr Kontext online auf kontextwochenzeitung.de:

Täter deutsch. Aufschrei bleibt aus

Nach der Amokfahrt in Mannheim spulen Ermittlungsbehörden ihre bekannten Muster ab und ignorieren rechte Verbindungen des Täters. Auch für die Medien scheinen diese und deutsche Täter allgemein weniger interessant zu sein.
Von Fides Schopp

Strategie trifft auf Ratlosigkeit

Zwei große Herausforderungen bringen den Kulturbereich in Bedrängnis: Kürzungen und rechte Politik. Darüber diskutierten unter anderem der Theaterintendant Hasko Weber und Ministerin Petra Olschowski im Stuttgarter Reiterntheater.
Von Dietrich Heinen-Büttel

Krankmachende Haftbedingungen

Für Menschen hinter Gittern ist der Kampf für gesunde Lebensbedingungen schwer. Ein Beispiel aus der Justizvollzugsanstalt Schwäbisch Gmünd.
Von Peter Nowak

Für das Recht, angstfrei Rad zu fahren

Der Pforzheimer Aktivist Andreas Mandalka, bekannt als Natenom, warnte stets vor Risiken im Radverkehr. Dann wurde er auf einer Straße überfahren, vor deren Gefahren er gewarnt hatte. Unbekannte verwüsteten seine Gedenkstätte. Woher kommt der Hass auf Radfahrer?
Von Minh Schredle

Kontext fördern

Unterstützen Sie Kontext dauerhaft mit einer Spende von 10,00 €/Monat – gerne auch mehr. Sie finden das Soll-Formular unter www.kontextwochenzeitung.de/soll. Gerne schicken wir Ihnen auch per Post oder E-Mail ein Scheck.

Unser Spendenkonto bei der GLS Bank:

IBAN: DE80 4706 0967 7018 5060 00

BIC: GENODEMIGLS

KONTEXT e.V. ist gemeinnützig. Sie erhalten automatisch zum Jahresanfang eine Spendenbescheinigung. Teilen Sie uns dazu bitte Ihre Adresse mit. Wenn Sie Fragen haben, senden Sie uns eine E-Mail an verwaltung@kontextwochenzeitung.de oder rufen Sie uns an unter Telefon 0711 66 48 65 48.

Impressum

KONTEXT-Wochenzeitung ist unabhängig. Sie wird von keinem Wirtschaftsunternehmen oder anderen Lobbyisten finanziert. Getragen wird sie von Menschen, die wissen, dass eine freie Presse das Brot der Demokratie ist.

KONTEXT-Wochenzeitung erscheint mittwochs online auf www.kontextwochenzeitung.de und samstags als Beilage der wochentext.

Herausgeber: KONTEXT Verein für ganzheitlichen Journalismus e.V., Hermannstraße 5, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711 - 66 48 65 48, kontextwochenzeitung.de.

Der Verein wird vertreten durch die Vorstandsmitglieder

Andrea Eddress (Vors.), Jürgen Klose, Michael Schulze,

Frank Böhrringer und Johannes Rauschenberger.

Redaktion: KONTEXT-Wochenzeitung, Hermannstraße 5, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711 - 66 48 65 48, redaktion@kontextwochenzeitung.de

Redaktionssleitung: Ann Hunger

(verantw. gen., S 8 PressG BW § 55 RIV.)
Produktion: KONTEXT-Wochenzeitung, Hermannstraße 5, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711 - 66 48 65 48, produktion@kontextwochenzeitung.de

Mitglieder: Michaela und Jakob Schäfer, Andrea Uehle, Drucks A. Beigl Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG, 25421 Pinneberg; MDV GmbH & Co. KG, 55390 Gielen

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen.

Die KONTEXT-Wochenzeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung der Redaktion strafbar. Alle Ambitionen von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung der KONTEXT-Wochenzeitung-Printausgabe, im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.